

Auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz (Artikel 1 und 4) vom 17. Dezember 2020 (GVBl. S. 728) und des § 88 der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBauO) in der Fassung vom 31. Januar 1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz (Artikel 1) vom 03. Februar 2021 (GVBl. S. 66) hat der Gemeinderat in der Sitzung am 10.05.2022 folgende Satzung beschlossen.

GEMEINDE ESCHBACH GESTALTUNGSSATZUNG

Inhaltsverzeichnis

Präambel und Beschreibung des Ortsbildes (Ortsgrundriss und Silhouette).....	2
Aufbau	3
§ 1 Räumlicher Geltungsbereich	4
§ 2 Sachlicher Geltungsbereich	4
§ 3 Anforderungen an Fassaden.....	4
3.1 Abstandsflächen	4
3.2 Wärmedämmung	4
3.3 Fassaden-Material	4
3.4 Fassaden-Farbe.....	44
§ 4 Anforderungen an Dächer	4
4.1 Dachform.....	4
4.2 Dachneigung.....	5
4.3 Material	5
4.4 Farbe.....	5
4.5 Gauben und Dacheinschnitte	5
§ 5 Anforderungen an Einfriedungen und Abgrenzungen	5
5.1 Art der Einfriedungen	5
5.2 Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore.....	5
§ 6 Werbeanlagen	5
6.1 Anbringung der Werbeanlagen	6
6.2 Gestaltung der Werbeanlagen	6
6.2 Genehmigungspflicht der Werbeanlagen	6
§ 7 Außenanlagen.....	6
Gestaltung der Grundstücksflächen.....	6
§ 8 Verkaufs- und Spielautomaten.....	6
§ 9 Sonderanlagen.....	6
9.1 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie	6
9.2 Außenantennen.....	6
§ 11 Ordnungswidrigkeiten	7
§ 12 Inkrafttreten	7
Anlage 1.....	7

PRÄAMBEL

Das typische, historisch entstandene Ortsbild der Ortsgemeinde Eschbach ist in seinen Grundzügen aufgrund der unverwechselbaren, baulichen und gestalterischen Merkmalen erhaltenswert und soll aus diesem Grund geschützt und entwickelt werden.

Dabei tragen die Elemente, wie die organisch gewachsene Struktur der Straßen- und Platzräume, die Stellung der baulichen Anlagen, die Proportionen, die Dachlandschaft und die Fassadengestaltung zum unverkennbaren Ortsbild von Eschbach bei.

Um das historische Ortsbild weiterhin zu erhalten und zu entwickeln, müssen sich Neubauten und bauliche Veränderungen, insbesondere hinsichtlich der Gebäude- und Dachform, Größe und Proportionen, Ausbildung der Wandflächen einschließlich Reliefbildung, Öffnungen und Gliederung sowie Konstruktionsbild, Material, Oberflächenwirkung und Farbe in das Straßen- und Ortsbild einfügen, ohne dass die gestalterische Individualität verloren geht.

Bauteile von denkmalpflegerischer, wissenschaftlicher, künstlerischer, handwerklicher oder heimatgeschichtlicher Bedeutung, wie insbesondere gestaltete Gebäudefronten (Fassaden mit Sandsteinarbeiten, Fachwerkteile, Stufen und Außentreppen, Türrahmen, Torbögen, Türblätter und Tore), Erker, Gauben, Gewände, Konsolen und Gesimse, Wappen und Schlusssteine, Inschriften und ähnliches sollen an Ort und Stelle sichtbar belassen und instandgehalten werden.

BESCHREIBUNG DES ORTSBILDES (ORTSGRUNDRISS UND SILHOUETTE)

Eschbach zeichnet sich durch ein geschlossenes Ortsbild aus regional typischen Winzergehöften im Ortskern aus. Neben Einzeldenkmälern bestätigt die Ausweisung einer Denkmalzone die Besonderheit eines südpfälzischen Weindorfes, geprägt durch die Bausubstanz, teilweise noch aus dem Spätmittelalter, vorwiegend aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert.

Neben einer eindeutigen Fassung des Straßenraumes mit trauf- und giebelständigen Wohngebäuden an der Straßenfront, sind es die einzelnen Gestaltungselemente im Hinblick auf eine lebendige, vielfältige und strukturierte Fassaden- und Dachgestaltung, vielen fränkischen Toranlagen und zahlreichen Architekturdetails, sowie Blickbeziehungen innerhalb des Straßenverlaufs. Eine weitere Kennzeichnung sind zahlreiche "Sackgassen" zur Erschließung rückwärtiger Gebäude und Gehöfte, aber auch zahlreiche Gässchen, die das Ortsbild prägen. Dadurch wird auch die Topographie des Ortes sowie die rückwärtigen ehemaligen Grün- und Gartenzonen erlebbar, ebenfalls als Bestandteil der historischen Dorfgestaltung.

AUFBAU

§ 1 definiert den räumlichen Geltungsbereich und unterteilt das Plangebiet entsprechend ihrer gestaltprägenden Merkmale in der Ortslage. § 2 beschreibt, für welche Vorhaben und Maßnahmen die Satzung Anwendung findet.

Es folgen die §§ 3 bis 9 mit Vorschriften zur Gestaltung von baulichen Anlagen, Einfriedungen, Werbeanlagen, Außenanlagen, Verkaufs- und Spielautomaten sowie Sonderanlagen.

Die §§ 10 und 11 geben Auskunft über Möglichkeiten, von den Festsetzungen dieser Satzung abzuweichen und welche Folgen ein Zuwiderhandeln entgegen örtlicher Bauvorschriften nach sich zieht.

§ 1 RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Die Erhaltungs- und Gestaltungssatzung bezieht sich auf die bebaute Ortslage der Gemeinde Eschbach, die in dem im Anhang beigefügten Katasterplan (Anlage Nr. 1) dargestellt ist. Der Plan ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 2 SACHLICHER GELTUNGSBEREICH

Die Satzung ist anzuwenden bei allen äußeren Veränderungen bestehender baulicher Anlagen, Neubauten, Einfriedungen, Werbeanlagen, Außenanlagen, Verkaufs- und Spielautomaten sowie bei Sonderanlagen.

Die Satzung ist vom im öffentlichen Raum, von öffentlichen Straßen, Plätzen und Fußwegen aus, auf das Ortsbild wirkende und einsehbare Bereiche, gültig.

§ 3 ANFORDERUNGEN AN FASSADEN

3.1 Abstandsflächen

Zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung des historischen Orts- und Straßenbildes kann im Einzelfall gestattet bzw. gefordert werden, dass die Abstandsflächen des § 8 LBauO RLP unterschritten werden, jedoch höchstens bis zu dem Wert, der sich aus den bestehenden oder im Fall des Abbruchs aus dem zuvor gegebenen Zustand bestimmt.

3.2 Wärmedämmung

Nachträgliche Wärmedämmung auf der Fassade ist zulässig, wenn die bestehenden Gestaltungselemente (wie z. B. Gesimse, Gewände, Schmuckelemente etc.) und Proportionen erhalten bleiben oder wieder hergestellt werden.

3.3 Fassaden-Material

Zulässig sind Fassaden aus Putz (glatter oder schwach strukturierter Putz), Naturstein, (roter Sandstein, gelber Sandstein), Backstein, Holz und echtem Holzfachwerk. Fassadenelemente aus Metallblech und Metallverkleidungen sind mit Ausnahme von Dachrinnen, Dachgauben, Traufblech und Fallrohren (in Zink und Kupfer) unzulässig.

3.4 Fassaden-Farbe

Verputzte Fassaden sind in Pastelltönen und gedeckten Farben zu halten. Reine Bunttöne und reines Weiß (RAL 9003) als Farben und Farben mit glänzenden Oberflächen sind unzulässig. Die Farbwahl der Nebengebäude muss mit dem Farbkanon der Gestalt des Hauptgebäudes korrespondieren.

§ 4 ANFORDERUNGEN AN DÄCHER

4.1 Dachform

Es sind nur die ortstypischen Dachformen: symmetrisches Satteldach, Krüppelwalmdach, Walmdach und Mansarddach zulässig. Bei Nebenanlagen sind zusätzlich Pultdächer zulässig.

4.2 Dachneigung

Bei symmetrischen Satteldächern und Krüppelwalmdächern ist eine Dachneigung von 35° bis 50° zulässig. Bei Pultdächern ist eine Dachneigung von mindestens 20° zulässig.

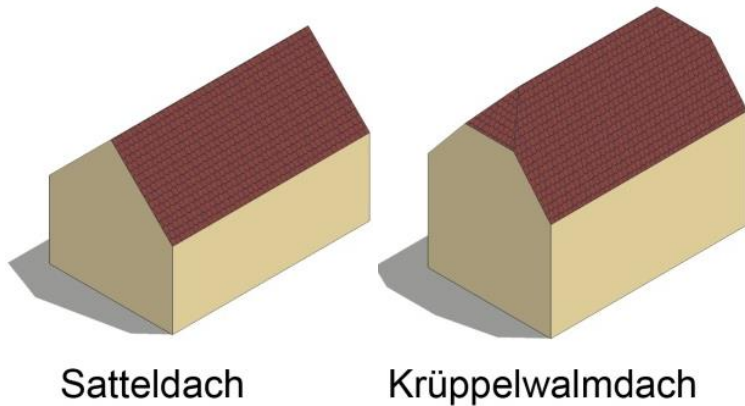


Abbildung: Zulässige Dachformen

4.3 Material

Eine Dacheindeckung ist grundsätzlich mit engobierten, unglasierten Tonziegeln, Betondachsteinen und Biberschwanzeindeckungen zulässig.

4.4 Farbe

Es sind grundsätzlich naturrote bis rotbraune Dacheindeckungen zulässig. Die Dächer von Haupt- und Nebengebäuden sind in Farbe und Material aufeinander abzustimmen.

4.5 Gauben und Dacheinschnitte

Der Abstand vom Ortsgang muss mindestens 1,0 m betragen. Weiterhin ist nur eine Gaubenform pro Dachseite zulässig. Dachterrassen sind ausnahmsweise im rückwärtigen Bereich (nicht straßenseitig) zulässig. Im von der Straße einsehbaren Bereich ist die Dachform nach 4.1 einzuhalten.

§ 5 ANFORDERUNGEN AN EINFRIEDUNGEN UND ABGRENZUNGEN

5.1 Art der Einfriedungen

Einfriedungen sind ortstypisch auszuführen und müssen sich der Umgebung anpassen. (z.B. Plastikgeflechte in Stabmattenzäunen sind nicht ortstypisch und daher nicht erlaubt). Vor Erstellung der Einfriedung ist die Genehmigung (formloser Antrag mit Skizze) der Ortsgemeinde einzuholen.

5.2 Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore

Tore, Torhäuser, Garagen- und Hoftore sind ortstypisch, der Umgebung angepasst auszuführen. Vor Ausführung ist das Einverständnis (formloser Antrag mit Skizze) der Ortsgemeinde einzuholen.

§ 6 WERBEANLAGEN

6.1 Anbringung der Werbeanlagen

Werbeanlagen sind so zu gestalten, dass sie sich nach Umfang, Anordnung und Gestaltung dem Bauwerk eindeutig unterordnen. Sie dürfen Gesimse und Gliederungen der Fassade sowie historische Bauteile, Zeichen und Inschriften nicht verdecken.

6.2 Gestaltung der Werbeanlagen

Eine bandartige Werbung auf der Fassade ist nur mit Einzelbuchstaben zulässig. Selbstleuchtende Werbung mit bewegtem, laufendem, blendendem oder blinkendem Licht oder Bildern ist nicht zulässig.

6.3 Genehmigungspflicht der Werbeanlagen

Die Erstellung einer Werbeanlage unter 1m² ist durch die Ortsgemeinde zu genehmigen. Die Einreichung eines formlosen Antrags mit Skizze (Bild) ist ausreichend.

§ 7 AUßENANLAGEN

Gestaltung der Grundstücksflächen

Nicht überbaubare, nicht überbaute und unbefestigte Grundstücksflächen sind als Vegetationsflächen (z. B. Rasen, Gräser, Stauden, Kletterpflanzen, Gehölze) anzulegen. Die Gestaltung dieser Flächen mit Schotter, Kies, Glasschotter und ähnlichen Materialien ist nur bis zu 30 % zulässig.

§ 8 VERKAUFS- UND SPIELAUTOMATEN

Verkaufs- und Spielautomaten müssen sich in die Umgebung einfügen und bedürfen einer Genehmigung durch die Ortsgemeinde. Der Antrag kann formlos, mit einer Skizze oder Bild, gestellt werden.

§ 9 SONDERANLAGEN

9.1 Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie

Anlagen zur Nutzung von Sonnenenergie sind der Ortsgemeinde anzuzeigen und sollen sich der Umgebung anpassen (z.B. keine Zaunanlagen aus Solarpanelen).

9.2 Außenantennen

Die Antennen oder Parabolspiegel (Satellitenschüssel) sind nach Möglichkeit in der Dachfarbe auszuführen.

§ 10 ABWEICHUNGEN

Von den rechtsverbindlichen Festsetzungen dieser Satzung kann gemäß § 69 LBauO RLP eine Abweichung gewährt werden, wenn die Durchführung im Einzelfall zu einer besonderen Härte führe und mit nachbarlichen sowie öffentlichen Interessen vereinbar ist.

§ 11 ORDNUNGSWIDRIGKEITEN

Zuwiderhandlungen, vorsätzlich oder fahrlässig, gegen die örtlichen Bauvorschriften werden als Ordnungswidrigkeiten mit Bußgeld bewehrt und unterliegen gemäß § 89 LBauO RLP der Ahndung.

§ 12 INKRAFTTRETEN

Diese Satzung tritt gem. § 24 Abs. 3 Satz 3 GemO am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

ANLAGE 1

Geltungsbereich: Gesamter Innenbereich

Eschbach, den 10.05.2022

Frank Laux

Ortsbürgermeister

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz oder aufgrund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen gelten. Dies gilt nicht, wenn

1. die Bestimmungen über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung, die Ausfertigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind, oder
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Aufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder jemand die Verletzung der Verfahrens- oder Formvorschriften gegenüber der Verbandsgemeindeverwaltung unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, schriftlich geltend gemacht hat.

Hat jemand eine Verletzung nach Satz 2 Nr. 2 geltend gemacht, so kann auch nach Ablauf der in Satz 1 genannten Frist jedermann diese Verletzung geltend machen.

Landau in der Pfalz, den 20.05.2022

Verbandsgemeindeverwaltung Landau-Land

Torsten Blank

Bürgermeister